

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zwar strotzt der uns vorgelegte Haushaltsplan für 2017 nicht mit Superlativen wie noch vor zwei Jahren, als dieser Stadtrat seinen ersten Haushalt mit Rekordsummen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt verabschiedete. Der neue Kämmerer im Amt, Christian Winklmaier, hat ungeachtet dessen gemäß den politischen Vorgaben unserer Meinung nach mit einem handwerklich soliden Budgetplan für 2017 ein gelungenes Debüt hingelegt. Quasi ein Einstiegs Geschenk für ihn ist dabei sicherlich die unerwartet gute Einnahmesituation der Stadt im vergangenen Kalenderjahr, die uns heuer ein wenig Luft für einige, zum Teil bereits seit längerem terminierte Investitionen der Stadt in Höhe von ca. 8 Millionen Euro verschafft.

Neben den unumgänglichen Ausgaben etwa für Schul- und Kindergartensanierungen bzw. -erweiterungen sind auch einige Einzelmaßnahmen als positiv herauszuheben: Erfreulich ist etwa, dass nun die Weichen für den Neubau des Jugendtreffs gestellt sind, dass der barrierefreie Zugang zur Bücherei bzw. zum Heimatmuseum realisiert wird, und dass auch die angemessene Sanierung der Umkleiden im Freibad mit Neugestaltung des Eingangsbereichs angepackt wird.

Ebenfalls positiv sehen wir die Bereitstellung eines Budgets für den neu besetzten Bereich Stadtentwicklung. Trotzdem sind wir der Meinung, dass über die Höhe eines solchen Jahresbudget und auch, wofür es im Schwerpunkt mit welcher Priorität verwendet werden soll, intensiver mit den Stadträten beraten werden soll. Es ist freilich ein Spagat zwischen eigenständigem Arbeiten der Stadtentwicklerin und der Beteiligung des Stadtrats und auch anderer-Multiplikatoren an einem idealerweise gemeinsamen Gestaltungsprozess. Stadtentwicklung ist keine Stabsaufgabe, sie geht alle an, insbesondere die gewählten Vertreter der Bürgerinnen und Bürger im Stadtrat. Investive Maßnahmen, die im genehmigten Gesamtbudget von 140.000 Euro für 2017 mit 50.000 Euro veranschlagt sind, sollten möglichst im Rahmen eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) oder anderer möglicher Förderprogramme wie „Leben findet Innenstadt“ umgesetzt werden. Dazu gehören auch städtebauliche Maßnahmen wie etwa die naherholungstaugliche Gestaltung der Abens samt Uferbereich, das Umfeld der Alten Knabenschule oder die städtischen Gebäude der ehemaligen Christlbrauerei. Neben schnell umsetzbaren Einzelmaßnahmen halten wir schon allein wegen der möglichen Abschöpfung von Fördergeldern die Erstellung eines Stadtentwicklungskonzepts, insbesondere für die Innenstadt, unerlässlich. Gelungene Stadtentwicklung muss zunächst das Augenmerk besonders auf die Attraktivität in der Innenstadt und ganz allgemein auf eine hohe Lebensqualität in Mainburg richten.

Ein weiterer Gesichtspunkt, der auch darüber entscheidet, wie zukunftsfähig Mainburg nicht nur von Unternehmerseite bewertet wird, ist der Glasfaserausbau. Ein Thema, bei dem sich die Stadt bis auf den bisher vorgenommenen Ausbau auf eine minimale förderfähige Bandbreite in den Ortsteilen, aber leider immer noch in einem Dornröschenschlaf zu befinden scheint. Wer eine zukunftsfähige Infrastruktur bauen will und dabei lediglich den Straßenverkehr im Kopf hat, der hat noch nicht begriffen, was bereits jetzt für viele Unternehmen und auch im privaten Umfeld ein ganz entscheidender Standortfaktor ist, nämlich eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Hier sollten wir mit möglichst großen Schritten dem alleinig zukunftsfähigen Endausbau nähern: Glasfaser direkt in jedes Haus. Noch ein Aspekt dazu: Das Konzept vieler Firmen, Mitarbeiter in Teilen zuhause arbeiten zu lassen, bringt übrigens auch eine Verkehrsentlastung auf der Straße, wozu aber flächendeckend ein ausgebautes Datennetz vorhanden sein muss.

Ohne Zweifel ist die positive Einnahmenentwicklung im letzten Jahr kein Grund, völlig sorgenfrei in die Zukunft zu blicken, oder bereits wieder über Steuersenkungen nachzudenken. Auch weiterhin wird die Stadt nur die wirklich dringend notwendigen Investitionen umsetzen können, und auch dies nach Plan nur mit einer stetigen Abschmelzung der Rücklage und bereits einer Neukreditaufnahme

ab 2019. Genau wie im vergangenen Jahr bleibt uns also die Hoffnung auf eine weiterhin gute Einnahmeentwicklung, damit wichtige bereits aufgeschobene Zukunftsinvestitionen, etwa die energetische Sanierung von städtischen Gebäuden, der soziale Wohnungsbau, ein Verkehrskonzept für die Kernstadt oder Maßnahmen zur Bewahrung der heimischen Tier- und Pflanzenwelt bald angegangen werden können.

Deshalb muss endlich der Fokus vermehrt auf eine weitere wichtige Stellschraube zur Optimierung der Finanzsituation gerichtet werden:

Die Kostenkontrolle. Hier praktisch ausschließlich auf die Personalkosten, insbesondere in der Kinderbetreuung zu blicken, führt aus unserer Sicht in die völlig falsche Richtung. Auf die Anmerkung in den Begleitworten des Kämmerers im Haushaltsplan, dass sich der Personalkostenanteil für diesen Bereich seit 2002 von 20 auf 35% fast verdoppelt hat, ist Folgendes zu erklären: Die Kinderbetreuung im wurde in dieser Zeit erheblich ausgebaut. Die Stadt übernahm die Trägerschaft einer Kinderkrippe, zudem wurde der Kindergarten Abenteuerland errichtet. Sowohl die Anzahl der betreuten Kinder, als auch die gebuchten Stunden pro Kind, stiegen in dem Zeitraum spürbar an. Auch werden zunehmend Kinder mit erhöhtem Betreuungsaufwand aufgenommen (z.B. unter Dreijährige, Kinder mit Migrationshintergrund). Dementsprechend ist nachvollziehbar, dass es in der personalintensiven Kinderbetreuung eine enorme Steigerung der Personalkosten geben musste. Hier gilt auch der Grundsatz: Wer sich im Stadtrat dem Wachstum der Stadt verpflichtet fühlt, der muss auch ohne Murren die Kosten dafür absegnen, die dieses Wachstum mit sich bringt. Einsparen ja, aber nicht an der so dringend notwendigen Zuwendung und Betreuung unserer Kinder. Gelegentlichen Versuche, hier etwa Gruppengrößen bis an die rechtlich mögliche Grenze auszureizen oder die Zusammenlegung von dezentralen, kleineren und bewährten Einrichtungen ins Gespräch zu bringen, ist eine klare Absage zu erteilen.

Einsparpotenziale sind unserer Meinung nicht primär bei den Personalkosten zu ermitteln, sondern beim Sachaufwand, und konkret dort, wo Dienstleistungen wie Planungen extern eingekauft werden. Betrachten wir in dem Zusammenhang die Grünanlagenpflege. Ich greife nur ein Beispiel aus dem Jahr 2016 heraus: Wir alle haben uns im vergangenen Jahr über die schöne Blumenbepflanzung des Kreisels am Griesplatz sowie beim Brunnen an der Feuerwehr gefreut. Sage und schreibe 30.000 Euro hat dieses kurze, schon lang verblühte Vergnügen gekostet. Auch heuer ist die Pflege von Grünanlagen inkl. Kreisverkehre mit ca. 330.000 Euro geplant. Hier muss dringend auf den Prüfstand, wer hier welche Arbeiten zu welchen Preisen verrichtet. Wir alle wollen eine schöne und gepflegte Stadt, aber das muss auch günstiger machbar sein. Wir empfehlen hier eine deutliche Umschichtung von Mitteln hin zum Naturschutz, der dieses Jahr mit 16.000 Euro veranschlagt ist – also in Summe keine Mittelmehrung. Das Geld geht an dieser Stelle genauso an das Stadtunternehmen, an Landwirte, Maschinenring oder Gartenbauunternehmen, leistet zudem aber einen Biodiversitätsbeitrag.

Zum Thema Grunderwerb: Die Haushaltsplanung sieht 750.000 Euro für Grundstückserwerbe vor. Auch in den vergangenen Jahren wurde kräftig in Immobilien investiert. Grundsätzlich ist gegen strategisch sinnvolle Grundstückskäufe nichts einzuwenden. Ein Konzept dazu scheint es dazu jedoch nicht zu geben, zumindest wurde es uns nicht zur Kenntnis gebracht. Bereits im vergangenen Jahr haben wir darauf hingewiesen, dass zumindest einmal der Bestand an Grundstücken und Gebäuden in einem qualifizierten Liegenschaftsverzeichnis erfasst werden sollte, mit dem Ziel eines aktiven Managements. Was uns aber noch weitaus mehr Kopfzerbrechen macht, ist der ungebremste Kurs auf städtisches Wachstum, nicht nur wegen dem damit verbundenen Flächenverbrauch für künftiges Bauland und Ausgleichsflächen. Primär verlieren die in Mainburg Wohnenden immer mehr an Lebensqualität und müssen dafür noch die Folgekosten begleichen.

Die ÖDP-Fraktion will auch dieses Jahr mit dieser konstruktiven Kritik einen positiven Beitrag zur weiteren Entwicklung unserer Stadt leisten.

Zusammenfassend möchten wir dem vorliegenden Haushaltsplan dieses Jahr unsere Zustimmung geben. Zum einen, weil wir im Gegensatz zum letzten Jahr in manchen Bereichen einen positiven Anfang und Schritte in die richtige Richtung erkennen. Zum anderen sehen wir dies als Vertrauensvorschuss an Sie, Herr Bürgermeister, dass heuer für folgende konkrete zukunftsweisende Projekte die ersten Weichen gestellt werden:

1. Eine Zeitplanung für die sukzessive energetische Sanierung aller städtischen Gebäude und Photovoltaik auf allen städtischen Gebäuden, insbesondere auch Schulen
2. Die Finalisierung der Planungen für den Neubau der städtischen Gebäude der ehemaligen Christlbrauerei, damit ein Baubeginn 2018 möglich ist (idealerweise im Rahmen einer Stadtentwicklungskonzeption)
3. Eine Bedarfserhebung bei den Eltern zur Nachmittags-/Hortbetreuung im Grundschulalter
4. Einen Masterplan zum Glasfaserausbau
5. Die Beauftragung/Abstimmung mit dem Landratsamt zur Ausweisung der seit Jahrzehnten als „geplant“ dargestellten Landschaftsschutzgebiete.

Die ÖDP Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorarbeiten zur Haushaltsplanung, insbesondere bei Kämmerer Christian Winklmaier und seinem Team, natürlich auch für die ausführliche Besprechung im Vorfeld.

Wir danken der Verwaltung insgesamt für die gute Arbeit, auch Herrn Geschäftsleiter Raster, Herrn Stadtbaumeister Dempf und Stadtentwicklerin Frau Plank für die positiven Akzente, die sie bereits in der Verwaltung setzen. Wir wünschen eine weiter gute Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und ein konstruktives Zusammenarbeiten im Stadtratsgremium.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.